

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 3 • Jan./Feb. • 2020



IHRE KRISE UNSERE KÄMPFE



Bürgerschaftswahlen in Hamburg

Sparen wir uns diesen Senat!



Nadja Habibi

Soziale Situation in der Stadt

Seit der letzten Bürgerschaftswahl im Jahr 2015 ist in der Stadt die Jahreszeit der sozialen Kälte zum Dauerzustand geworden. Durchschnittlich lebt jedes fünfte Kind in Hamburg in Armut. Weiterhin sind vor allem Alleinerziehende einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt. So sind 40% von ihnen von Hartz 4 abhängig.

Doch auch Arbeit schützt nicht vor Armut. Auch wenn man uns gern erzählt, dass die Tariflöhne in Hamburg gestiegen seien, verschweigt man in dieser Darstellung häufig, dass nur noch 45% der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten. Jede zweite Neueinstellung in Hamburg ist befristet, in Bereichen wie Information / Kommunikation sind es 70 bis 80% aller neuen Arbeitsverträge, die befristet sind. Aber auch bei Erziehung / Unterricht oder in der öffentlichen Verwaltung liegt der Anteil bei knapp unter 60%. Kettenbefristungen und unsichere Arbeitsverhältnisse sind längst zum Massenphänomen geworden.

In den letzten Jahren sind in Hamburg immer mehr Stellen abgebaut worden. So zum Beispiel im Hamburger Hafen, wo in der Reederei Hamburg Süd demnächst 100 Stellen abgebaut werden sollen, und auch letztes Jahr schon 120 Stellen abgebaut wurden. Aktuell häufen sich die Meldungen über bundesweit geplante oder sogar schon durchge-

führte Stellenstreichungen bei zahlreichen Industriebetrieben wie Continental, Bosch, Audi, VW, BMW oder ThyssenKrupp. Dieser Trend wird sich auch in Hamburg weiter bemerkbar machen (Weiteres dazu im Artikel zur Schließung der Holsten-Brauerei in Hamburg).

Auf der anderen Seite hat Hamburg die größten zusammenhängenden Reichenviertel in ganz Europa. Außerdem leben hier 42.000 Millionäre und 18 Milliardäre – gemessen an der Einwohnerzahl sind das bundesweit die meisten Reichen in einer Stadt.

Senat der Reichen

Der Staat schützt die Reichen und bekämpft die Armen und Arbeitenden. Für höhere Renten oder die Sanierung von Schulen ist kein Geld da, aber Olympia in Hamburg ausrichten, das hätte Olaf Scholz gern gehabt! Das sah die Mehrheit der Hamburger anders. Auch der G20-Gipfel mitten in unserer Stadt wird nicht vergessen – genauso aber nicht die Proteste mit knapp 100.000 Gegendemonstranten. Dasselbe gilt für die „Elphi“ – das Prestige-Projekt, das mit 866 Millionen Euro ungefähr 11x so viele Steuergelder gefressen hat wie angekündigt.

Sieht man sich an, wie sich der Alltag der Hamburgerinnen und Hamburger gewandelt hat, wirkt die Politik des Senats noch absurder. Während man Ende 2004 sieben Euro pro Quadratmeter an Kaltmiete gezahlt hat, ist die Miete bis Anfang 2019 ziemlich konstant auf 10,58 Euro gestiegen.

Auch lebenswichtige Güter sind teurer geworden. So liegt der Preisabstand einer Butter zum Beispiel bei 46,3% im Vergleich zum Jahr 2015. Der Preis eines Kinobesuchs hat sich in derselben Zeitspanne um eine Differenz von 8,7% verändert. Jeder Autofahrer wird sich noch daran erinnern, wie der rot-grüne Senat Hamburg zu einer vermeintlich ökologischeren Stadt gemacht hat. Nicht, indem der Nahverkehr ausgebaut wurde oder nun zum Nulltarif gefahren wird. Auch nicht dadurch, dass VW für den Dieselskandal zahlen musste, sondern indem nun ein Dieselfahrverbot in der Max-Brauer-Allee herrscht. Das ist nicht nur ein Witz, weil nicht jeder sich ein E-Auto, das zehntausende Euro kostet, leisten kann, sondern auch weil die Luftverschmutzung nun schlicht in den Parallelstraßen zunimmt.

Bürgerschaftswahl 2020

Sowohl bei den letzten Bundestags- als auch in der letzten Bürgerschaftswahl konnte die AfD vor allem in armen und strukturschwachen Stadtteilen zulegen. Allen voran in Billbrook, aber auch in Billstedt oder Jenfeld. Die SPD hat ihre absolute Mehrheit verloren und nahm dann die Koalitionsregierung mit den Grünen auf. In der Umfrage vom Dezember 2019 liegt sie unter 30%. Wäre dies das Wahlergebnis der SPD, würde das ein neues historisches Tief markieren. Dass es dazu kommt, ist wahrscheinlich, denn mit Tschentschers neusten Aussage, dass sich die Hamburger SPD dem „linken“ Kurs von Walter-Borjans und Esken nicht fügen wird, verweigert er sich auch den aller kleinsten Reformen am verrotteten, neoliberalen Führungsstil der Hamburger Sozialdemokratie. Statt einer „sozialen Wende“ – die auch so schon ihren Namen nicht verdient hat – begaben sich er und Fegebank wie jedes Jahr auch letztes Silvester mit 1.300 Personen aus den höchsten Kreisen des Hamburger Unternehmertums in die Handelskammer, um

sich für ihren „realistischen“ Kurs loben und auf die kommende Wahlperiode einschwören zu lassen.

Laut aktuellen Umfragen stehen die Grünen mit 26% nur zwei Prozentpunkte hinter der SPD – sehr wahrscheinlich wird das Wahlergebnis der Grünen in der kommenden Bürgerschaftswahl mit Abstand das höchste der Partei sein. Das hängt vor allem mit der gesellschaftlichen Präsenz des Umweltthemas zusammen. Doch die Grünen stehen für einen grünen Kapitalismus, der die sozialen Probleme unserer Stadt nicht lösen wird. Wir erinnern uns, dass die Grünen die Agenda 2010 und mit ihr das System Hartz 4 eingeführt haben, sowie mit der Zustimmung für den Kosovo-Einsatz mitgetragen haben, dass nach 1945 das erste Mal wieder Krieg von deutschem Boden ausging. Außerdem waren die Grünen mit der SPD in der Regierung, als vor einigen Monaten auch in Hamburg das Polizeigesetz verschärft wurde.

DIE LINKE kann in Umfragen ihr Ergebnis auf etwa 11% verbessern. Das ist Ausdruck der momentanen Schwäche der etablierten Parteien. In der jetzigen Situation wachsender Polarisierung gäbe es aber ein deutlich größeres Potenzial für die Partei. Dazu müsste die LINKE sich stärker von den regierenden Parteien abgrenzen, mit dem Finger auf den Senat zeigen und klarmachen, wieso auch die Grünen keine soziale Alternative sind. Stattdessen verliert die LINKE-Abgeordnete Sabine Boeddinghaus sich in Aussagen wie: „Wir wären nicht glaubwürdig, wenn wir erneut von Anfang an sagen würden, dass wir keinesfalls bereit wären für Gespräche mit der SPD“ und kündigt damit bereits im Vorfeld ein Aufweichen von linken Positionen an.

Wenn wir echte Veränderungen hin zu einer sozialen Stadt wollen, können wir das nur in Kämpfen auf der Straße und mit Verankerung in den Betrieben schaffen! Mit einer Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm können unsere Kämpfe eine Stimme im Parlament bekommen – aber gewonnen werden sie nur durch Proteste und Streiks!

UNSERE FORDERUNGEN FÜR HAMBURG:

• Für einen öffentlichen und guten ÖPNV!

Stopp der schleichenden Privatisierung durch Moia und Co. • Einführung eines bedingungslosen Nulltarifs • Demokratisch geplanter Ausbau des bestehenden Verkehrsnetzes • Verstaatlichung ALLER Verkehrsbetriebe und ihre demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten!

• Für gutes Wohnen!

Bau-, Immobilienkonzerne und Bauland in öffentliches Eigentum: Vonovia enteignen, SAGA GWG in Mieterhand! • Schrittweise Schaffung von 150.000 Wohnungen mit einer Kaltmiete von maximal 5 Euro durch Enteignung von spekulativem Leerstand und staatliche Bauprogramme! • Demokratisch entwickelter Plan zur besseren Organisation von arbeitsnahem Wohnen!

• Für Arbeit und Soziales!

Verteidigung aller Arbeitsplätze in Industrie und Hafen! • Mindestlohn aller öffentlichen Angestellten und aller Beschäftigten von durch die Stadt vergebenen Aufträgen ausnahmslos auf 14€! • Verstaatlichung der großen Banken und Konzerne, demokratisch kontrolliert und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung

• Für gute Bildung und Gesundheit!

Einstellung von ausreichend Lehrern und Erziehern für eine Gruppengröße von 15 pro zwei Fachkräften • Rücknahme aller Kürzungen und Schließungen im öffentlichen Sektor, bei Gesundheit, Pflege und Erziehung! • Keine Profite mit unserer Gesundheit! Verstaatlichung von Asklepios und Co.! • Für Gesundheitszentren in den Bezirken, die kostenfreie und anonyme medizinische und psychosoziale Versorgung sicherstellen!



Erklärung der Marxistischen Organisation (Offensiv)

In den letzten Wahlen haben die etablierten „Volksparteien“ CDU und SPD ein historisch schlechtes Ergebnis nach dem anderen eingefahren. Parallel dazu haben die Neuwahlen in England die Stabilität des Herzensprojekts des deutschen Kapitalismus – die Europäische Union – erneut untergraben, der wichtigste europäische Partner Frankreich wird von Generalstreiks erschüttert und die angekündigten Stellenstreichungen in der Autoindustrie und ihren Zulieferern werden in der kommenden Zeit hoffentlich durch starke Arbeitskämpfe erwidert.

In den letzten Jahren haben wir in der Bundesrepublik die größten Massenmobilisierungen seit einem Jahrzehnt gesehen. Von großer Bedeutung waren vor allem die Kämpfe im Gesundheitswesen, der Kampf von „Deutsche Wohnen Enteignen“, die großen Warnstreiks der IG Metall 2018, die Kampagnen und teilweise internationalen Vernetzungen bei Amazon, Lufthansa etc. und regionale Streiks, wie bei Halberg Guss, WMF und anderen. Dass gesellschaftliche Themen wie die Frage der Enteignung von Immobilien- und Großkonzernen im letzten Jahr verstärkt präsent waren, ist Ausdruck einer sich über Jahre verschärfenden Polarisierung zwischen den Klassen, die sich auf Wahlebene durch eine zunehmende Ablehnung des „Status Quo“ bürgerlicher Politik ausdrückt. Vor diesem Hintergrund stehen die Großlobbyisten, Polit-Berater und Chefstrategen in Berlin vor der schwierigen Aufgabe, eine Nachfolge für Angela Merkel 2021 zu finden und die instabile Groko-Regierung aufrecht zu erhalten.

Das Ende der Groko?

Die Parteien der Großen Koalition haben die allgegenwärtige Umweltbewegung ausgenutzt, um soziale Kürzungen voranzutreiben, und sie haben weitere Kürzungen im Ärmel. An anderer Stelle sind wir bereits auf den Inhalt des Klimapakets eingegangen (1). Klar ist, dass Reformen wie die CO2-Steuer einen Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung darstellen. Der Verband „Haus und

Grund“ hat berechnet, dass eine vierköpfige Familie in einer 115 Quadratmeter großen Wohnung, die mit Gas heizt, bei einer CO2-Steuer von 35 Euro pro Tonne jährlich 132 Euro mehr bezahlen müsste – bei 180 Euro, was das angedachte Ziel ist, bereits 677 Euro. Und es braucht nicht viel Fantasie, um sich die Auswirkungen eines auch nur um wenige Cent gestiegenen Benzinpreises vorzustellen in einem Land, in dem die Bahnpreise immer weiter steigen und abertausende Pendler auf Autos angewiesen sind.

Der als Reaktion auf den Druck der durch ihre Umfragewerte bestärkten Grünen vom Vermittlungsausschuss und Bundesrat vorgelegte Vorschlag zur CO2-Bepreisung spricht Bände über die Funktionsweise der Großen Koalition. In nahezu erpresserischer Manier wird der Bundesregierung Druck gemacht, so schnell es geht eine CO2-Steuer zu verabschieden, ausgerechnet gegen den Einwand der CDU selbst, die auf die Entlastung von Pendlern und Mehrwertsteuererleichterungen für eine Preissenkung der Bahntickets beharrt. Zwar sind das vor allem kosmetische Maßnahmen, die den antisozialen Charakter des Klimapakets nicht ändern werden, sie zeigen aber auch, dass sich die Union dem dünnen Eis bewusst ist, auf dem sie spaziert. Benzinpreise und eine „Öko-Steuer“ waren schließlich auch der Tropfen, der in Frankreich vor über einem Jahr das Fass zum Überlaufen brachte.

Gleichzeitig ist die CDU an einer Fortführung der Großen Koalition interessiert. Die Grünen bieten dabei willige Unterstützung bei der Stabilisierung. Sie geben den steuerlichen Angriffen einen grünen Anstrich und bieten so auch der neuen SPD-Spitze von Walter Borjans und Saskia Esken die Möglichkeit, die sozialen Versprechen ihrer Wahlkampagne, die die CDU nicht ohne weiteres mittragen könnte, schnell unter den grünen Teppich zu kehren und somit die Groko von 41% vorerst zu stabilisieren.

Die herrschende Klasse Deutschlands will die politische Stabilität, die jahrelang ihr Markenzeichen war, um jeden Preis aufrecht erhalten. Doch es ist heute klar, dass ihr das nicht auf Dauer gelingen wird. Innerhalb Deutschlands stolpern die herrschenden Politiker von einem Fettnäpfchen ins nächste – nun ist es Scheuers Mautaffäre! International haben zuletzt Trumps Sanktionen gegen den Bau der Pipe-

Ihre Krise - Unsere Kämpfe!

WIR NICHT!

line Nord Stream 2 zwischen Russland und Deutschland gezeigt, wie fragil die Bundesrepublik im sich zuspitzenden Konflikt der großen imperialistischen Blöcke dasteht. AKKs wiederholte Vorstöße für ausgeweitete Bundeswehrein-sätze in der Sahel-Zone oder in Syrien sind auch ein Ausdruck des Wunsches, sich in Zeiten eskalierender Konflikte im Mittleren Osten als „Global Player“ zu behaupten. Und das, während die Wirtschaft Ende 2019 de facto in die Rezession eingetaucht ist.

Merkels Erbe

Mit dem Ende der Ära Merkel eröffnet sich ein Kampf um ihre Nachfolge in der traditionellen Partei der deutschen Bourgeoisie, der CDU. Annegret Kramp-Karrenbauer konnte sich gar nicht so schnell in ihrem neuen Posten als Parteivorsitzende einrichten, wie sie sich mit ungeschickten Kommentaren wieder ins Aus geschossen hat. Zwar ist ihre Position als Vorsitzende nach dem Bundesparteitag der Union gefestigt, doch es ist unwahrscheinlich, dass sie als Kanzlerkandidatin aufgestellt wird. Friedrich Merz sitzt ihr weiterhin als Vertreter des äußerst rechten Flügels der Partei im Nacken und wird nicht müde, die unter so viel Anstrengung am Leben gehaltene Groko bei jeder Gelegenheit zu attackieren.

Unabhängig davon, wie sich der Flügelkampf in der CDU entwickeln wird, verkörpert die Figur Merz den Wunsch eines Teils der herrschenden Klasse nach einer stärkeren Führungsfigur an der Spitze der Nation. Mit niemandem ist der Blackrock-Bänker Merz besser zu vergleichen, als mit Frankreichs Emmanuel Macron. Er ist der Kandidat, wenn es um den neoliberalen Generalangriff auf soziale Standards geht.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass das deutsche Kapital auf einen solchen Kandidaten zurückgreifen wird. Die nach unten tendierende Konjunktur nimmt dem deutschen Kapitalismus Raum zum Manövrieren und treibt die gesellschaftliche Polarisierung voran.

Von rechts bekommt der „Groko-kritische“ Flügel um Merz Aufwind durch die weiterhin – wenn auch langsamer – erstarkende AfD. Nach den Thüringer Landtagswahlen ist ihr extrem rechter Flügel um Björn Höcke so stark wie nie

zuvor, oder, wie Alexander Gauland es ausgedrückt hat, die „neue Mitte der Partei“. Er organisiert ohne Zweifel auch Faschisten in seinen Reihen. Trotzdem ist die AfD weiterhin keine faschistische Partei; sie propagiert nicht den Bruch mit der parlamentarischen Ordnung und organisiert als Partei keine bewaffneten Fußtruppen auf der Straße. Vielmehr ist sie eine national-konservative Partei, die das durch den Bedeutungsverlust der etablierten Partei entstandene Vakuum von rechts ausfüllt und in der desillusionierte Kleinbürger und Beamte wie Höcke und Gauland wachsenden Einfluss haben.

Eine Koalition mit der AfD ist weiterhin eine rote Linie, die allerdings deutliche Risse bekommen hat. Teile der CDU haben nach der Landtagswahl ihre Offenheit für Gespräche selbst mit der Thüringer AfD um Björn Höcke signalisiert, der seinerseits die Tolerierung einer CDU-geführten Regierung durch die AfD angeboten hat.

Die Krise der Sozialdemokratie

Die AfD ist die Partei, die am meisten von der Polarisierung in Deutschland profitiert. Dass immer wieder tausende Wähler, die gestern noch ihre Stimme für die LINKE abgegeben haben, heute AfD wählen, zeigt, dass diese Schichten die AfD nicht als überzeugte Rassisten, sondern vor allem aus Wut über das politische Establishment wählen.

Dafür ist DIE LINKE mit verantwortlich. Gerade in der heutigen Situation erweist sie sich als völlig unfähig, einen deutlichen Ton anzuschlagen, Rückgrat zu beweisen und von der Krise der „Volksparteien“ zu profitieren. Das täte sie mit klarer Abgrenzung von der neoliberalen Politik der Großen Koalition. Stattdessen zollt sie dem Theater um das neu gewählte Führungsduo der SPD noch ihre Anerkennung und beglückwünscht sie zu ihrer Wahl!

Vom „Aufstand“ des linken Parteiflügels (Kühnert, Borsjans und Esken) in der SPD ist wenig übriggeblieben. Die SPD ist eng mit der herrschenden Klasse verbunden. VW, Audi und RWE waren unter den Hauptsponsoren des letzten Parteitages und die Folgen von 17 Jahren SPD-Regierung in den letzten 21 Jahren können wir jeden Tag spüren. Aus den angekündigten „kühnen Neuverhandlungen“

einer Koalition entlang klarer sozialer Forderungen wie einem höheren Mindestlohn ist nun ein dankbares Anlehnen an die „ökologischen“ Forderungen der Grünen geworden. Kevin Kühnert redet nicht mehr von der Enteignung von BMW und bietet sich in seinem neuen Posten dem Konservatismus der SPD-Führung an.

Anstatt diese schreiende Halbherzigkeit der SPD in den klarsten Worten bloßzustellen, rückt die Führung der LINKEN unter Katja Kipping nach dem siegreichen Flügelkampf mit Wagenknechts „Aufstehen“ immer weiter nach rechts und tritt auf wie ein linker Flügel der SPD, nur ohne ihren Einfluss. Berlin, Thüringen, Bremen und die Erfolge der Grünen bestärken die Regierungsbefürworter in der LINKEN in ihrem Traum von einer „progressiven“ rot-rot-grünen Koalition.

Anders als der SPD ist es der LINKEN nie gelungen, eine breite Basis in der Arbeiterklasse, vor allem der industriellen, zu gewinnen. In ihren Strukturen dominieren kleinbürgerliche Anschauungen. In Zeiten von Polarisierung offenbart sich eine solche Klassenzusammensetzung durch die Wankelmütigkeit der Partei und ihre Unfähigkeit, entschlossen mit der bürgerlichen Politik zu brechen.

Die Kämpfe, die vor uns liegen

Die deutsche Bourgeoisie geht auf politischer sowie auf wirtschaftlicher Ebene höchst instabil in das Jahr 2020. Die Frage der Kanzlerkandidaturen werden die Konflikte und Flügelkämpfe in den Parteien neu aufreißen lassen und die Wirtschaft sitzt auf einem wackeligen Ast.

Gleichzeitig ist eine neue, junge Generation auf die politische Bühne getreten. Bis jetzt dominiert in Bewegungen wie Fridays for Future der versöhnlerische O-Ton universitärer Zirkel. Früher oder später wird die heutige Arbeiterjugend aber unweigerlich auf die brennenden sozialen Fragen unserer Zeit stoßen: Löhne, Mieten, Infrastruktur, So-

zialsysteme und sichere Arbeitsplätze.

Währenddessen sind die Führungspositionen in den DGB-Gewerkschaften eng mit der arbeiterfeindlichen SPD-Führung verwoben. Anstatt organisiert gegen die zunehmenden Flexibilisierungen, Leiharbeitsstellen und Stellenstreichungen zu mobilisieren, ruft die IG Metall lediglich zu einem „fairen“ Wandel der Wirtschaft auf und appelliert an die „Sozialverträglichkeit“ von Massenentlassungen, wie in den letzten Wochen in der Autoindustrie. Das ist nur ein Vorgeschmack auf die schändliche Rolle, die solche Gewerkschaftsbürokraten in Krisenzeiten spielen werden.

Es ist die Aufgabe einer organisierten Linken, systematisch und langfristig in den Betrieben, in der millionenstarken Basis dieser Gewerkschaften, zu arbeiten, für den Erhalt aller Arbeitsplätze zu kämpfen und der Sozialpartnerschaft der Sozialdemokraten Beispiele für gut organisierte und kämpferische Streiks von unten und ein klassenkämpferisches Programm gegenüber zu stellen. Die organisierte Arbeiterklasse ist der Schlüssel im Kampf gegen den Kapitalismus.

Die Arbeiterklasse ist weder tot noch verwirrt. Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter leben und arbeiten in Deutschland, der größten Wirtschaftsmacht Europas. Die deutschen Gewerkschaften des DGB zählen zu den größten in Europa und weltweit und könnten mit einem radikalen Programm eine enorme Kampfkraft entfalten. Die kommenden Krisen – sei es auf wirtschaftlicher oder politischer Ebene – werden uns direkt betreffen. Was wir brauchen, ist eine proletarische Arbeiterpartei mit marxistischem Programm, die für Verbesserungen im Hier und Jetzt kämpft und diesen Kampf mit einem grundsätzlichen verbindet: dem für eine neue, sozialistische Gesellschaft.

(1) <https://offensiv-marxisten.blogspot.com/p/umweltschutz-sozial-ge-recht-nein.html>

■

FORTSETZUNG DER RÜCKSEITE

Das Tafelsilber der Gruppe, darunter die König-Brauerei und Grundstücke in Altona, auf denen heute ein Teil der Neuen Mitte Altona, dem aktuell wohl größten Immobilienspekulationsobjekt Hamburgs, entsteht, wurde gewinnbringend verkauft, die Bavaria Brauerei geschlossen und noch mehr Kollegen entlassen.

Im selben Geist wurde auch der neue Betrieb in Hausbruch geplant. Eingepfercht an der Autobahn am hintersten Ende des Stadtgebietes werden künftig noch circa 380 statt 450 Menschen arbeiten, die zudem längere Anfahrtswege und noch mehr Arbeitsverdichtung hinnehmen müssen. Allein die Pläne der Geschäftsführung, per Betriebsvereinbarung die 7-Tage-Woche einzuführen, konnte die Belegschaft verhindern, nachdem sie in mehrtägigen Streiks im Hauptgeschäft im Sommer 2018 ihre Entschlossenheit demonstrierte. Trotz dieser Kampfbereitschaft und der hohen gewerkschaftlichen Organisation der Brauer gab es keine Führung in den Kämpfen, die die Forderung nach dem Erhalt aller Arbeitsplätze gefordert hätte. Diese Schwäche ist

heute in vielen Arbeitskämpfen in Deutschland zu sehen. Es wird Zeit, dass wir den verbreiteten Pessimismus ablegen und endlich wieder offensiv für unsere Interessen als Arbeiter kämpfen.

Einmal mehr zeigt sich, wie sich Angriffe auf erkämpfte Rechte und die Belegschaften in der Überproduktionskrise verschärfen. Anstatt der herrschenden Politik für Shareholder und Manager wollen wir eine Politik für die Kollegen und Verbraucher. Schlechte Arbeitsbedingungen, Lebensmittelmangel beim Verbraucher und –überproduktion beim Produzenten sind die Folgen der kapitalistischen Lebensmittelindustrie. Wir sagen „Nein“ zu jeder Stellenstreichung in der Hamburger Industrie und „Ja“ zur sofortigen Abschaffung der Leiharbeit und zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die Lebensmittelindustrie muss nach den Bedürfnissen der Verbraucher organisiert werden statt dafür, dass Wenige reich werden. Sie gehört in die öffentliche Hand, kontrolliert und verwaltet durch die Kollegen. Lebensmittelproduktion gehört demokratisch geplant – nach Bedarf, und nicht nach den Profiten!

■

Ausbildung in der Krise

BERICHT UNSERES GENOSSEN MIGUEL EMPLEADO,
ERZIEHER-AZUBI

Seit fast drei Jahren bin ich an einer Fachschule für Sozialpädagogik in Hamburg. Ich mache die Ausbildung zum Erzieher und bekomme eigentlich fast täglich die Krise. Ob gestresste und überarbeitete Lehrer, mangelnde Unterrichtsqualität, Geldsorgen und das damit verbundene Gerenne von Amt zu Amt, überarbeitete Mitschüler, die arbeiten müssen, um die Ausbildung zu finanzieren, oder die Schule, die aus allen Nähten platzt: All das macht die schulische Ausbildung kaputt. Parallel dazu ist der Mangel an Erziehern und Kitas kein Problem von gestern, sondern existiert seit Jahren als Teil des Kita-Ausbaus. In etlichen Einrichtungen wird dieses Problem damit „gelöst“, dass die arbeitslose Bäckerin und der überforderte, altersarme Rentner, angestellt über Zeitarbeitsfirmen, auf viel zu viele Kinder aufpassen sollen.

Gleichzeitig wird versucht, mit allen Mitteln möglichst viele ausgebildete Erzieher in kurzer Zeit auf den Arbeitsmarkt zu bringen, ohne die Ressourcen dafür bereitzustellen. Meine Schule ist nicht für wachsende Schülerzahlen ausgelegt, in den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Schüler aber dennoch verdoppelt – die Zahl der Lehrkräfte und Räumlichkeiten nicht. Weitere Beispiele sind die Schaffung der Sozialpädagogischen Assistenz (SPA), der erleichterte Zugang zur Ausbildung, die Bafög-Reförmchen oder die Schaffung eines Schnellkurses für Erzieher ohne reguläre Ausbildung. Und für den Arbeitsmarkt soll dann gelten: Fachkraft gleich Fachkraft. In der Statistik taucht der Beruf der SPA als ausgebildete Fachkraft auf, trotz geringer Qualifikation und einer Entlohnung, die mieser kaum geht.

Statt Ausbildung und Beruf aufzuwerten, wird mit diesen Maßnahmen die soziale Degradierung des Erziehers und die „Flexibilisierung“ der Arbeit vorangetrieben. Der Ausbau der Kitas wird gleichzeitig genutzt, um Personalkosten zu sparen und „flexible“ Anstellungsverhältnisse voranzutreiben. Diejenigen, die über den regulären, staatlichen Weg in den Erzieherberuf einsteigen, müssen nach ihrer Ausbildung oft noch Kredite abbezahlen oder während der Ausbildung arbeiten. Und klar ist es möglich, nach einer Ausbildung zur SPA noch den Erzieher dranzuhängen, aber viele können sich das ohne Ausbildungsvergütung nicht leisten. Und selbst wenn man einen Kredit aufnimmt – auf die Ausbildung folgt auch nur das niedrige Gehalt des Erziehers.

Erzieherinnen und Erzieher in die Offensive!

Die Maßnahmen, die die Politik ergriffen hat, um den Mangel an Kitaplätzen zu beheben, beweist nur, dass ihre Interessen nicht die unseren sind. Wir können uns nicht auf Berlin oder den Senat verlassen, wir müssen selbst für gutes Gehalt und die Qualität von Ausbildung und Beruf kämpfen.



pfen. Die Selbstorganisation und Streiks der Kolleginnen, Kollegen und Auszubildenden sind der einzige Weg, auf dem wir das erreichen können. Auch bisher waren sie die einzigen Maßnahmen, die die Krise im Bereich Erziehung an die Öffentlichkeit gebracht und zumindest geringfügig für Aufwertung und Solidarisierung der Eltern sorgen konnten. Trotzdem ist die ver.di-Führung im letzten Streik weit hinter dem zurückgeblieben, was möglich gewesen wäre. Die vorhandene Kampfkraft wurde nicht ausgeschöpft – weder was die Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen angeht, noch die öffentliche Wahrnehmung des Streiks. Denn der desaströse Personalnotstand in den Kitas ist nur ein Teil im ganzen Puzzle des Notstands der öffentlichen Versorgung – vom Personalmangel und der würdelosen Behandlung in Krankenhäusern, über Schulen bis hin zur Altenpflege. Eine deutliche Verbesserung der Situation der Auszubildenden wurde darum im Tarifabschluss nicht erreicht.

Vereinzelung im Kampf gegen (Kinder-)Armut

Nicht nur an der fehlenden Vergütung, auch am Inhalt der Ausbildung muss etwas geändert werden. Ein großer Teil der Ausbildung dreht sich um die Förderung und Entwicklung des Kindes als Individuum. Auch die Forschung zum Thema Resilienz – auf Deutsch zur Widerstandskraft des Einzelnen gegen Risikofaktoren wie Verlust, Behinderung oder Armut – hat einen individuellen Fokus. Klar kann schon in der frühen Erziehung gefördert werden, mit Armut umzugehen, in einer kleinen verlotterten Bude zu hausen, nur das billigste und wenig zu konsumieren – kurz: Ein Erzieher in schulischer Ausbildung zu sein. Aber weil ständig nur auf das Individuum geschaut wird, treten die Gemeinsamkeiten der Kinder und jungen Menschen in einer solchen Lage in den Hintergrund. Ob Kinderarmut oder Armut durch Ausbildung – „Risikofaktoren“ fallen nicht vom Himmel! Kinderarmut begegnen wir als Erzieher später nicht am besten mit der besten Bewältigungsstrategie für die Kinder. Kinderarmut wird durch die Ausbeutung ihrer Eltern ausgelöst. Armut gehört bekämpft! Mangelnder Ausbildungsvergütung und schlechten Zuständen begegnen wir nicht am besten durch Verzicht oder Nebenjobs, sondern durch den Kampf um Ausbildungsvergütung und mehr und besser geschultes Lehrpersonal!

Zum Mord an Rosa Luxemburg

Katharina Doll

„Tötet Liebknecht“ – „Schlagt Rosa Luxemburg tot!“, prangt es im Januar 1919 auf unzähligen Plakaten in der Berliner Innenstadt. Nachdem Deutschland seit November von revolutionären Wellen geschüttelt war, setzen die Bürokraten der SPD in Zusammenarbeit mit den Handlangern des alten Regimes alles daran, der Revolution in den Januar-Kämpfen den Kopf abzuschlagen. Am Abend des 15. Januar werden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verhaftet. Liebknecht wird in den Tiergarten gefahren und erschossen, Rosa Luxemburg niedergeschlagen, erschossen und in den Landwehrkanal geworfen. Diese Ereignisse öffnen Tür und Tor für die Gewaltexzesse der Konterrevolution. In der kommenden Zeit werden Tausende revolutionäre Arbeiter ermordet oder inhaftiert. Die Stimme der Revolution wird – zumindest vorerst – von der Führung der deutschen Sozialdemokratie im Blut ertränkt.

Luxemburg als Pazifistin?

Der Tod dieser Tausenden ist eine bittere Warnung an alle, die glauben, die Beendigung der Herrschaft der Klasse der Kapitalisten sei allein auf dem Weg der friedlichen Reform möglich; die dem Irrglauben verfallen sind, die Herrschenden in unserer „demokratischen“ Gesellschaft würden nicht sofort zur Waffe greifen, sähen sie sich von einer Revolution bedroht.

Anders als es einige bürgerliche Kommentatoren darstellen, hat Rosa Luxemburg einem solchen Irrglauben nie nachgegeben. Als revolutionäre Marxistin war sie der festen Überzeugung, dass es ein Ende von sozialer Ausbeutung und Krieg nur mit dem revolutionären Sturz des Kapitalismus geben könnte. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung – so Luxemburgs Ansicht – hält nur Krieg und „bewaffneten Frieden“ für die Unterdrückten dieser Welt bereit.

Spontanität, Partei und Masse

Heute ist über Rosa Luxemburg bekannt, dass es zwischen ihr und Lenin eine Reihe von Differenzen über Fragen des Marxismus gegeben hatte. Gerade die Frage der Organisation einer revolutionären Partei sollte in der deutschen Revolution eine entscheidende Rolle spielen. Lenin vertrat ein Parteikonzept einer sehr aktiven führenden Rolle der sozialdemokratischen (später kommunistischen) Partei in den Kämpfen der Arbeiterklasse. Wenn Rosa Luxemburg die Rolle der Partei auch nie in einer Form hinterfragte, wie es ihr später in den Mund gelegt wurde, so legt sie in Schriften wie „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft“ doch eine deutlich stärkere Betonung auf die spontane Entwicklung des Bewusstseins als Lenin das tat.



„Einheit oder Spaltung der Partei“: Die deutsche SPD

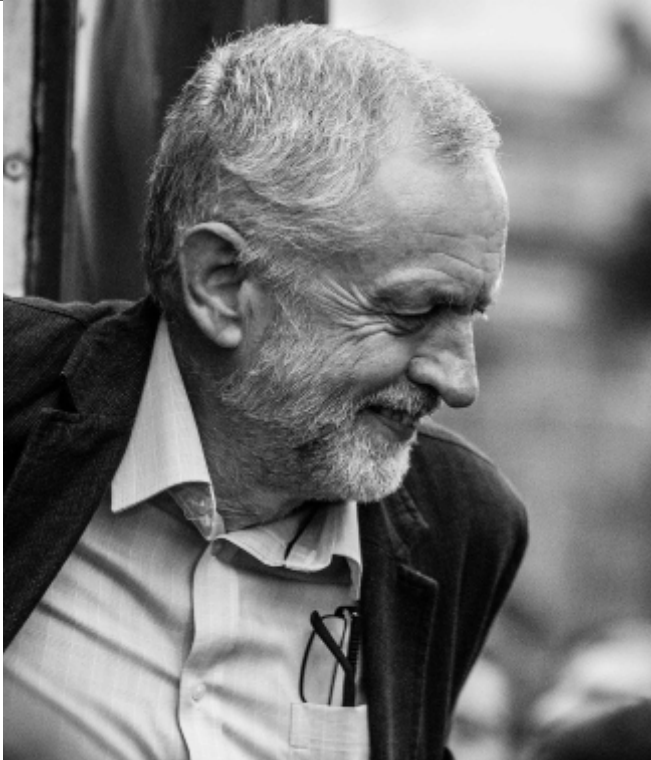
Die deutsche Sozialdemokratie zählte schon im Jahr 1914 deutlich über eine Million Mitglieder und war tief in der Arbeiterschaft verwurzelt. Unter einer Reihe deutscher Sozialisten herrschte deshalb die Vorstellung, die Partei sei nicht Führung der Klasse, sondern „Bewegung der Klasse“ selbst, von der man sich nicht isolieren wollte.

Das verleitete auch revolutionäre Sozialisten wie Clara Zetkin oder Rosa Luxemburg dazu, die Gefahr des Reformismus zu unterschätzen und sich nicht mithilfe einer straffen Tendenz der reformistischen Parteiführung entgegenzustellen. Als die SPD-Führung durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten die Sache der Arbeiterklasse schändlich verriet, blieb die Parteilinke desorientiert zurück, und hinkte fortan den Ereignissen immer einen Schritt hinterher.

Es gehört zu den bitteren Lehren der Novemberrevolution, dass versäumte Arbeit im Parteaufbau im Angesicht einer revolutionären Situation nicht einfach „wegimprovisiert“ werden kann. Erst deutlich verspätet entschieden sich die Spartakisten zur Gründung der Kommunistischen Partei an der Seite anderer radikal-linker Kräfte. Doch die KPD war nicht in der Lage, bis Anfang des Jahres 1919 in der Breite der deutschen Arbeiterklasse Wurzeln zu schlagen. Und so waren die Kräfte, die in den Jahren 1918/19 für eine sozialistische Räteherrschaft eintraten, ein ums andere Mal gegenüber der Konterrevolution unterlegen.

Was die deutsche Revolution und ihren bitteren Ausgang angeht, so hat Lenin mit seinem Parteikonzept Recht behalten. Rosa Luxemburg und tausende andere haben hart gekämpft, und die Geschichte war nicht gnädig zu ihnen. Fehler, die ihnen im Kampf unterlaufen waren, haben sie mit ihrem Leben bezahlt. Viele der Auseinandersetzungen von damals mögen heute wie historische Spitzfindigkeiten erscheinen, wurden aber in diesem – und in vielen anderen Kämpfen der Arbeiterklasse – beinharte Realität. Auf eine halbe Revolution folgte eine ganze Konterrevolution. Das Leben und Sterben der Rosa Luxemburg sind dafür der beste Beweis. ■

Absolute Mehrheit für Boris Johnson



Victor Taibo, Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria (Spanien)

Die Wahlen in Großbritannien haben zu einem deutlichen Sieg für Boris Johnson und die Konservativen geführt. Mit 13.966.565 Stimmen – das sind 43,6 Prozent – erreichten die Tories eine komfortable absolute Mehrheit von 365 Abgeordneten. Das sind 47 Sitze mehr als bei der Wahl 2017. Obwohl der Stimmgewinn der Konservativen von 329.881 Stimmen (1,2%) trotzdem nur begrenzt war, hat der starke Verlust von Labour Viele überrascht. Für die Vorbereitung auf kommende Kämpfe ist es wichtig, zu verstehen, was der Grund für dieses Ergebnis war.

Verleumdungskampagne... und vieles mehr

Bei den britischen Wahlen 2019 verlor Labour im Vergleich zu den Wahlen von 2017 2.582.853 Stimmen und fiel von 40 auf 32,2 Prozent. Die bürgerlichen Medien haben eklatant gelogen und dieses Ergebnis als das schlechteste seit 1935 dargestellt. In Wirklichkeit hat Corbyn jedoch mehr als 10 Millionen Stimmen erhalten, also mehr als Tony Blair bei seinem letzten Wahlsieg 2005 und weit mehr als die 29%, die Gordon Brown 2010 eingefahren hat.

Einige Kräfte bedienen sich bei ihren „Erklärungen“ der Argumente aus der Lügenkampagne der herrschenden Klasse und ihrer Massenmedien, die aufgebaut wurde, um Corbyn zu verleumden. Auf etlichen Foren werden hinterhältige Anschuldigungen gegen Corbyns angeblichen Antisemitismus verbreitet. Auch die Blairites (rechter Flügel in Labour, A.d.Ü.) haben diese Anschuldigungen wiederholt und alles versucht, um Corbyns Kandidatur durch feindselige

Warum wurde Jeremy Corbyn besiegt?

Äußerungen in Zeitungen und Fernsehshows zu sabotieren. Sie haben Corbyn als die „rote Pest“ dargestellt, der auf Rache an den Bossen aus ist und dessen Programm von Verstaatlichungen Großbritanniens in den wirtschaftlichen Kollaps führen würde. Diese Flut wütender Angriffe auf den Labour-Kandidaten macht nur deutlich, wie viel Angst die herrschende Klasse vor einem möglichen Sieg von Corbyn hatte. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass schon 2017 eine ähnliche Verleumdungskampagne gegen ihn organisiert wurde, aber Corbyn damals trotzdem deutlich größeren Zuspruch erhielt.

Die entscheidende Frage ist, warum die Labour-Führung unter Corbyn diesem Druck nicht widerstehen konnte und warum mehr als zwei Millionen Wähler – vor allem Arbeiter – sich von ihm abgewandt haben.

Corbyn und der Brexit

Einige beklagen sich bitter darüber, wie schädlich die Brexit-Debatte für die Arbeiterklasse gewesen wäre. Sie protestieren von der Warte ihrer PCs aus dagegen, dass die „Polarisierung“ des Brexit die britische Gesellschaft nicht entlang der Klassengrenzen, sondern anhand von „reaktionären Argumenten“ gespalten und Verwirrung gestiftet hätte, die Johnson ausgenutzt hat.

Aber die Wege der Klassenkämpfe führen selten über die Straßen, die Opportunisten ihnen bereitgemacht haben. Es stimmt: die Frage des Brexit entstand als ein Manöver eines Teils der herrschenden Klasse Großbritanniens, die nach einem Ausweg aus der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise gesucht haben, in der sich das Land in dem Augenblick befand. Sie wollten einen Weg finden, sich selbst aus der Verantwortung zu ziehen, indem sie die Fahne des Chauvinismus erhoben. Aber das Ergebnis des Brexit-Referendums war Ausdruck dessen, wie überdrüssig die einfachen Arbeiter der Sparmaßnahmen und Kürzungen der kapitalistischen EU-Elite sind. Es wurde zu einem Weckruf, mit dem Status Quo zu brechen, der dem Interesse der Arbeiterklasse entgegensteht.

Tatsächlich vertiefte das Referendum aber die Spaltungstendenzen innerhalb der herrschenden Klasse und führte zur schwersten institutionellen Krise der jüngsten Geschichte. Und genau in dem Moment wurden wir Zeuge von Corbyns Erdrutschsieg gegen die Kandidaten des Blairite-Apparats. Das Brexit-Referendum fand am 23. Juni 2016 statt, also genau zwischen der ersten Wahl von Corbyn und seiner Wiederwahl. Damit waren alle Voraussetzungen gegeben, dass Labour die vom Brexit geschaffenen Bedingungen hätte ausnutzen können.

Statt aber mit der kapitalistischen EU zu brechen und eine sozialistische Alternative dazu aufzubauen, statt der Macht der Banken und Konzerne in- und außerhalb Großbritanniens die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse entgegenzusetzen – wozu Corbyn zunächst um eine grundsätzliche Änderung des Kurses der Gewerkschaften hätte kämpfen müssen – gab Corbyn den Positionen der Blairites nach, indem er die Forderung nach einem zweiten Referendum übernahm.

Diese Politik war katastrophal und wurde in den folgenden zwei Jahren nicht korrigiert. Das Votum der Arbeiterinnen und Arbeiter im Brexit-Referendum eröffnete ein Vakuum, das mit proletarischen und sozialistischen Inhalten hätte gefüllt werden können, aber die Führer von Momentum – viele von ihnen Kleinbürger, benebelt von den Vorurteilen der EU-Eliten – überließen Johnson das Feld, der seine Demagogie entfalten und Corbyn beschuldigen konnte, sich dem Willen des Volkes zu widersetzen.

Auch am 28. August – dem Höhepunkt der Brexit-Krise, an dem Johnson beschloss, das britische Parlament zu schließen – hatte das sprunghafte Verhalten von Corbyn und seinem Team negative Auswirkungen. Sein Ansatz einer Regierung der nationalen Einheit, falls Johnson scheiterte, mit dem er de facto auf die Unterstützung der EU-Befürworter und Liberalen abzielte, die den Brexit stoppen wollten, kam der Tory-Regierung zugute. Statt sich auf unabhängige Kämpfe der Arbeiterklasse zu stützen und die Gewerkschaften zu entschiedenen Streikaktionen gegen Johnson aufzufordern, griff Corbyn auf politische Manöver zurück, die Vertreter des Establishments einbezogen.

Die Niederlage von Labour hat zum Stimmverlust in alle Richtungen geführt. Sie verdeutlicht aber vor allen Dingen auch, wie stark Labour in Arbeitervierteln, die traditionell Labour gewählt haben (die so genannte „rote Wand“, das sind v.a. Wahlkreise in Nordengland und Wales) verloren hat. In Gebieten, in denen die Mehrheit (über 60 Pro-

zent) für den Brexit gestimmt hat, geht die Unterstützung für Labour im Durchschnitt um 10 Prozent zurück; in einigen Wahlkreisen sogar 16 bis 24 Prozent. Die untenstehende Tabelle ist dazu sehr aufschlussreich.

Corbyn und der Klassenkampf

Wenn diese Wahlen etwas bewiesen haben, dann, dass es nicht ausreicht, nur Reden zu halten und ein gutes schriftliches Programm vorzulegen, sondern dass Worten auch Taten folgen müssen. Das Programm von Corbyn und Labour bei dieser Wahl, das zweifellos das linkeste Programm seit Jahrzehnten war, hatte vielen Umfragen zufolge eine breite gesellschaftliche Unterstützung, aber Corbyns praktisches politisches Handeln in diesen Monaten ging in die entgegengesetzte Richtung und hat seiner Glaubwürdigkeit geschadet.

Die von den Medien der Bourgeoisie und von Teilen der reformistischen Linken verbreitete Vorstellung, die Niederlage der Labour Party sei das Ergebnis dieses radikalen Programms, entspricht nicht der Wahrheit. Wie sonst lassen sich die historischen Ergebnisse von Corbyn im Jahr 2017 mit fast 13 Millionen Stimmen mit einem Programm dieser Art erklären?

Der rechte Flügel von Labour hat Corbyns Kampagne aktiv boykottiert und sich sogar in bezahlten Anzeigen gegen seine Wahl ausgesprochen. Was hat Corbyn in den letzten vier Jahren dagegen unternommen? Warum hat er nicht öffentlich die Politik der Kürzungen durch Labour-Stadträte angeprangert? Warum hat er sich nicht auf die Parteibasis verlassen, um einen Prozess der Ab- und Wiederwahl dieser Ratsmitglieder zu eröffnen und sie so durch kämpferische Kürzungsgegner zu ersetzen? Warum hat er sich nicht auf die Mobilisierung der Arbeiter und Jugend gestützt und mit der Politik des sozialen Friedens der Gewerkschaftsbürokratie gebrochen, um die von ihr in Worten gepredigte Wende nach links in der Praxis durchzusetzen?

Der letzte Punkt ist entscheidend. Die bürgerlichen Wahlen sind eine Ebene des Klassenkampfes, aber bei weitem nicht das günstigste Terrain für die Arbeiter und ihre Organisationen. Jede Form des Wahlkampfes muss darum mit aktiver Mobilisierung auf der Straße, mit Streiks und der bewussten Organisation der Arbeiterklasse verbunden werden.

Den mächtigen Hebeln, die der Bourgeoisie zur Verfügung stehen (die Medien, der Staatsapparat, die reformistischen Führer und die Gewerkschaftsbürokratie...) kann nur

Region	% Stimmen für den Brexit	% Stimmentwicklung von Labour	% Stimmentwicklung der Konservativen	% Stimmentwicklung der Brexit-Partei
Bassetlaw	67,80%	-24,90%	11,90%	10,60%
Redcar	66,20%	-18,10%	12,80%	7,10%
Don Valley	69%	-17,80%	1,40%	13,70%
Sedgefield	57,50%	-17,10%	8,40%	8,50%
Rotter Valley	67,90%	-16%	4,80%	12,90%
Bolsover	70,80%	-16%	6,90%	9%
Blyth Valley	53,40%	-15%	5,40%	8,30%
Stoke-on Trent North	69,40%	-14,30%	7%	5,90%
Newcastle-under-Lyme	63%	-12,30%	4,40%	4,30%
Workington	58,60%	-11,90%	7,50%	4,20%
Birmingham Northfield	50,40%	-10,70%	3,60%	3,80%

der Klassenkampf etwas entgegensetzen. Nach der Verfassungskrise im September beschloss Corbyn, statt auf Mobilisierung zu setzen, indem er die Führung des Gewerkschaftsdachverbands TUC zur Ausrufung eines Generalstreiks auffordert, alles auf die Karte des Parlamentarismus und Institutionalismus zu setzen und zu warten, bis ihm die Regierung wie eine reife Frucht in die Hände fällt. Aber so einfach sind die Verhältnisse nicht zu ändern – und das noch weniger in diesen Zeiten der großen Umwälzungen und der Instabilität.

Dass vereinte Massenmobilisierungen der Beschäftigten – und damit meinen wir nicht defensive und nach Sektoren getrennte Streiks, sondern Massenstreiks, die zum Dreh- und Angelpunkt der nationalen Politik werden (wie jetzt z.B. beim Generalstreik in Frankreich) – gegen die kapitalistische Kürzungspolitik ausbleiben, ist der entschei-

dende Grund, warum die verschiedenen konservativen Regierungen überleben. Diese gewerkschaftliche Ausrichtung ist die direkte Folge der Passivität der Führung des TUC, der Gewerkschaftsbürokratie, sowohl ihrer rechten Sektoren, als auch in Sektoren, die sich einer linkeren Rhetorik bedienen und offiziell Corbyn „unterstützt“ haben.

All diese Faktoren erklären, warum die schlimmste Krise der Tories seit 150 Jahren nicht zum Nutzen der Arbeiterklasse oder der Labour Party gelöst wurde. Ähnliche Phänomene finden sich oft in der Geschichte der Klassenkämpfe. Zweifellos waren die objektiven Umstände für einen Sieg von Jeremy Corbyn in den letzten vier Jahren gegeben, aber politische Fehler werden bezahlt, und manchmal sehr teuer.

~ Diese Version des Artikels ist gekürzt. Die Originalfa...

Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-System gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 13€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.400€ brutto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohndrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

Am Ende zahlen wir die Zeche: Zapfenstreich in Altona



Nikolai Pivovarov,
Arbeiter bei Holsten

Mit dem endgültigen Umzug der Holstenbrauerei von Altona nach Hausbruch endet die 140-jährige Geschichte eines der ältesten Industriebetriebe Hamburgs. Während die Manager des dänischen Konzerns unter großem Tamtam den neuen Standort eröffnen und der Oberbürgermeister Lobeshymnen auf die „Modernisierung“ hält, ist es für uns an der Zeit, einmal die Ursachen und Folgen der Betriebsverlegung – die beispielhaft ist für den Wandel von vielen Betrieben – für die Beschäftigten zu betrachten.

Bevor der Global Player Carlsberg 2004 die strauchelnde Holstengruppe übernahm, war diese selbst jahrelang als Heuschrecke auf dem Biermarkt tätig. Unter anderem hatte sich der Konzern die Hamburger Billbrauerei, Betriebe in Kiel, Neumünster, Lüneburg, Hannover und Braunschweig einverleibt, die nach und nach stillgelegt und deren Produktionsmengen an den Stammsitz verlagert wurden. Nach 1989 profitierte man dann vom Verramschen der ehemaligen Staatsbetriebe und konnte aus der Konkursmasse der DDR die große Mecklenburgische Brauerei Lübz und die Feldschlösschen Brauerei in Dresden ergattern – ein echter Gewinn, schließlich konnte man die niedrigen

Löhne und die geringe gewerkschaftliche Organisation für die eigene Profitmaximierung nutzen. Mit dem Erwerb der Brauerei Licher, der König Brauerei aus Duisburg, Bavia-St. Pauli und Beteiligungen an Betrieben in Polen war um das Jahr 2000 der Höhepunkt erreicht. Mit 9 Prozent Marktanteil war man endgültig in die Riege der größten deutschen Getränkehersteller aufgestiegen. Während das Management noch seine Erfolge feierte, begannen sich die Probleme im Hintergrund aufzutürmen. Die Investitionspolitik mit der Gießkanne – der teils ziellosen Anhäufung von Marken, die sich teils selbst Konkurrenz machten – und die Einführung des Dosenpfands brachten den Konzern ins Straucheln, da die Unternehmensführung kurz vorher noch die Kapazitäten für Einweggebinde weiter gesteigert hatte.

2004 wurde Holsten dann selbst geschluckt. Für eine Milliarde Euro übernahm Carlsberg die Gruppe und die Beschäftigten brauchten nicht lange zu warten um zu erkennen, wer die Suppe aus Fehlinvestitionen und Größenwahn des alten Managements auslöffeln sollte. Schon kurz nach der Übernahme wurde der Abbau von 200 Stellen bekanntgegeben, das Unternehmen und die Belegschaft in verschiedene Gesellschaften zersplittert, und entlassene Kollegen teilweise gleich wieder als Leiharbeiter günstig angeheuert.

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

MACH MIT BEI

Offensiv 
MARXISTISCHE ORGANISATION



OFFENSIV_MARXISTEN



0178 1715539



INFO@OFFENSIV.NET



OFFENSIV - MARXISTISCHE ORGANISATION



OFFENSIV.NET